

Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR: zur Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in beiden deutschen Staaten

Wiegand, Erich

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wiegand, E. (1992). Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR: zur Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in beiden deutschen Staaten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 7, 10-14. <https://doi.org/10.15464/isi.7.1992.10-14>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR

Zur Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in beiden deutschen Staaten

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist die Gegenüberstellung der Einkommenssituation privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mit Hilfe von Zeitreihen sozialer Indikatoren wird die Entwicklung ausgewählter monetärer Aspekte der materiellen Versorgung privater Haushalte über einen möglichst langen Zeitraum verglichen. Soweit die dazu notwendigen Daten vorliegen, ist das besondere Interesse auf die Situation in der ehemaligen DDR unmittelbar vor und nach der politischen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten im Jahr 1990 gerichtet, da von diesem Ereignis erhebliche Veränderungen der Einkommens- und Verbrauchssituation der Bevölkerung ausgingen. Der Beitrag versteht sich als Teil einer retrospektiven gesellschaftlichen Dauerbeobachtung mit gesamtdeutschem Blickwinkel, deren Ergebnisse für das Verständnis der jüngsten Entwicklungen in Deutschland nicht ohne Bedeutung sind.

Ein empirischer Vergleich der Einkommensverwendung privater Haushalte in beiden deutschen Staaten wird durch die Tatsache erschwert, daß das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen, wie es in der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, und das System Volkswirtschaftlicher Bilanzen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, das den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zugrunde lag, sich in den Begriffen, Definitionen und Abgrenzungen erheblich voneinander unterscheiden. Als Ausweg aus diesem grundsätzlichen Dilemma bietet sich gegenwärtig an, den innerdeutschen Einkommensvergleich weitgehend von der Ebene der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die in beiden deutschen Staaten durchgeführten einkommens- und verbrauchstatistischen Erhebungen zu verlagern. Weil es sich hierbei zwar um weitgehend ähnliche aber nicht völlig identische Stichproben handelt, basieren die jeweils zu vergleichenden Indikatorzeitreihen gewöhnlich auch nicht auf völlig identischen Einkommensbegriffen und Haushaltsabgrenzungen. Die grundlegenden Vergleichsmöglichkeiten werden dadurch allerdings nicht wesentlich beeinträchtigt; allerdings müssen die numerischen Unterschiede zwischen den jeweiligen Zeitreihen bisweilen vorsichtiger interpretiert werden.

Kontinuierliche Zeitreihen über die Entwicklung der Haushaltseinkommen in der

Bundesrepublik liegen auf der Basis der „Laufenden Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushalte“ für drei verschiedene Haushaltstypen vor. Am wichtigsten sind dabei die bis in das Jahr 1950 zurückreichenden Daten des Haushaltstyps 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. Für die Darstellung der Entwicklung der Haushaltseinkommen in der DDR können auf der Grundlage der „Statistik des Haushaltsbudgets von Arbei-

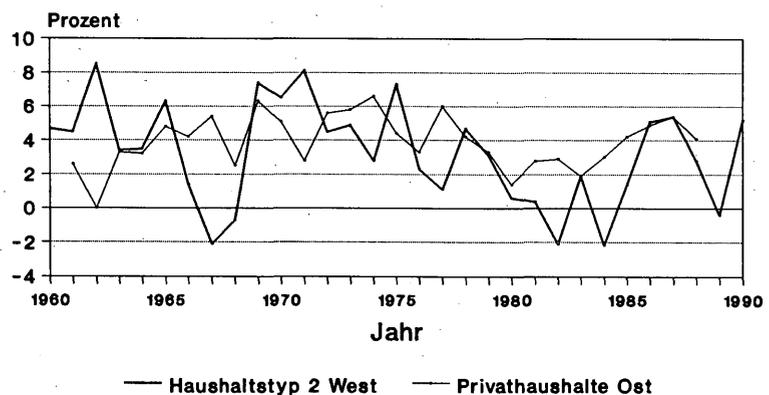
ter- und Angestelltenhaushalten“ Zeitreihen konstruiert werden, die mit dem Jahr 1960 beginnen und fast bis zur Auflösung der Deutschen Demokratischen Republik reichen.

Wachstum des realen Haushaltsnettoeinkommens auch in der DDR

Wegen der zunehmenden Einkommensbelastung durch direkte Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sowie insbesondere wegen der steigenden Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik weist vor allem die Zeitreihe des durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommens aber auch die des Nettoeinkommens von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deutlich höhere Wachstumsraten auf als die Zeitreihe des realen Haushaltsnettoeinkommens. Dagegen zeigen sich zwischen diesen drei Einkommensaggregaten bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR wegen der im Zeitablauf nur geringfügig gestiegenen gesetzlichen Einkommensbelastung sowie behördlich festgesetzter Preise kaum Unterschiede.

Vergleicht man die jährlichen Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland mit denen des Einkommens von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokrati-

Graphik 1
Jährliche Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens



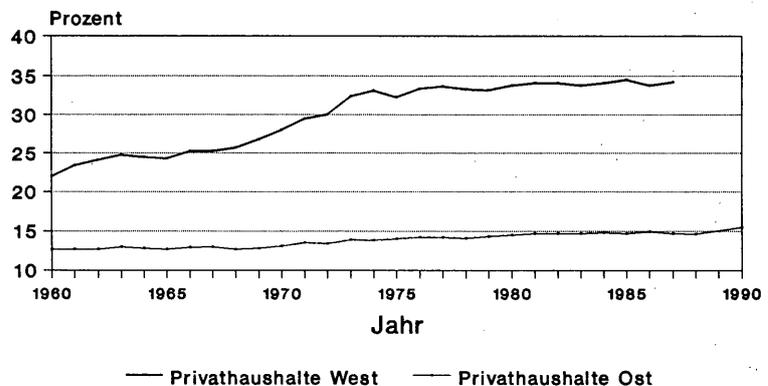
Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

schen Republik, so werden mehrere Unterschiede deutlich: Im vergleichbaren Zeitraum von 1961 bis 1988 weisen die Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens beim Haushaltstyp 2 größere Schwankungen auf als die Einkommensentwicklung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR. Zu Beginn der sechziger und dann wieder anfangs der siebziger Jahre konnten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik höhere Realeinkommenssteigerungen verbuchen als die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR. Andererseits mußten sie aber auch in der zweiten Hälfte der sechziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre im Gegensatz zu den Haushalten in der DDR in einzelnen Jahren geringfügige Realeinkommensverluste hinnehmen.

Bis zum Jahr 1988 war das reale Haushaltsnettoeinkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokratischen Republik auf das 2,85fache des Niveaus von 1961 angestiegen. Bei den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland fand im gleichen Zeitraum ein Einkommensanstieg um das 2,32fache statt. Bei dieser Entwicklung darf man allerdings das erhebliche Einkommensgefälle zwischen beiden deutschen Staaten nicht außer acht lassen. So lag das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR real, d.h. in Preisen von 1985, im Jahr 1960 bei 727 Mark und im Jahr 1988 bei 2118 Mark. Das entsprechende Haushaltsnettoeinkommen von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik lag dagegen im Jahr 1960 bei 1689 DM und erreichte bis 1988 einen Betrag von 4102 DM.

Aber unabhängig vom Kaufkraftunterschied der von den privaten Haushalten in Ost und West erzielten Einkommen kann man aus dem Vergleich der Einkommenszuwächse nicht auf eine stärkere Wohlfahrtssteigerung in der DDR schließen. Dazu hätten den Realeinkommenssteigerungen auch die entsprechenden quantitativen und qualitativen Verbesserungen des Waren- und Dienstleistungsangebots gegenüberstehen müssen. Das war allerdings nicht der Fall, denn in der DDR konnten selbst in den letzten Jahren eine ganze Reihe verbrauchsrelevanter Waren nicht immer und überall von der Bevölkerung gekauft werden.

Graphik 2 Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens



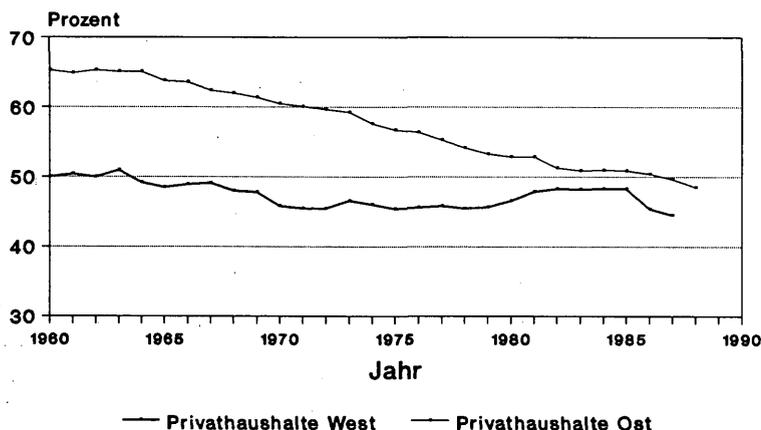
Datenbasis: Statistisches Bundesamt und
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

Höheres Versorgungsniveau mit öffentlichen Gütern und durch staatliche Transferleistungen in der Bundesrepublik

Die Höhe des Nettoeinkommens ist für private Haushalte von größerer unmittelbarer Wohlfahrtsrelevanz als das Bruttoeinkommen, denn das Haushaltsnettoeinkommen determiniert den monetären Rahmen, innerhalb dessen die materielle Versorgungssituation durch individuelle Konsumentscheidungen der verschiedenen Haushaltsmitglieder gestaltet werden kann. Daneben hat aber auch die Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens durch Einkommenssteuern und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung eine eigenständige Bedeutung für die Wohlfahrt von Personen und Privathaushalten. Die direkten Steuern auf private Einkommen sind ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Steueraufkommens, aus dem die verschiedenen staatlichen Leistungen bereitgestellt werden, die von der Bevölkerung unentgeltlich oder zu subventionierten Preisen in Anspruch genommen werden können. Durch die Beiträge zur Sozialversicherung wird die Kontinuität der materiellen Versorgung bei verschiedenen Einkommensrisiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie im Alter sichergestellt.

Die Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens aller privaten Haushalte durch Einkommenssteuern und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ist in der Bundesrepublik Deutschland von 22 Prozent zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 1960 kontinuierlich bis auf ungefähr 33 Prozent in der Mitte der siebziger Jahre angestiegen. Seitdem oszilliert sie um das erreichte hohe Niveau. Dagegen war die Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich niedriger und hat sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kaum verändert. Zwischen 1960 und 1990 fand lediglich ein Anstieg um zwei Prozentpunkte von ungefähr dreizehn auf fünfzehn Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens statt. Wegen der den beiden Zeitreihen zugrundeliegenden unterschiedlichen Haushaltsabgrenzungen sollte die Differenz der Abgabenbelastung des Bruttoeinkommens privater Haushalte in beiden deutschen Staaten nicht numerisch exakt interpretiert werden. Gleichwohl wird durch die höhere Belastung des Einkommens privater Haushalte in der Bundesrepublik deutlich, daß sich die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und durch staatliche Transferleistungen, unabhängig von den

Graphik 3
Restitutiver Einkommensanteil



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

verschiedenartigen Finanzierungssystemen, auf einem höheren Niveau befand als in der DDR.

Rückgang des Anteils „restitutiver“ Ausgaben in beiden deutschen Staaten

Der Begriff des verfügbaren Haushaltseinkommens, der inhaltlich mit dem des Haushaltsnettoeinkommens fast identisch ist, suggeriert, daß die Verwendung dieses Einkommens von den privaten Haushalten nach Belieben gestaltet werden kann. Das ist allerdings aus verschiedenen Gründen nicht der Fall. Insbesondere deshalb nicht, weil ein erheblicher Teil des Einkommens für unmittelbar lebensnotwendige Ausgaben zur Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse Nahrung, Kleidung und Wohnung aufgewendet werden muß. Dieser sogenannte restitutive Einkommensanteil ist in entwickelten Industrienationen nur schwer zu operationalisieren. Wenn man ihn wie im vorliegenden Beitrag durch die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Wohnungsmieten und Energie mißt, dann muß man berücksichtigen, daß mit steigendem materiellen Wohlstand der privaten Haushalte diese Ausgabenkategorien neben ihren lebensnotwendigen Bestandteilen in zunehmendem Umfang auch Elemente enthalten, die dem gehobenen Bedarf zuzurechnen sind. Dies trifft für die Bundesrepublik in weitaus stärkerem Maße zu als für die ehemalige DDR.

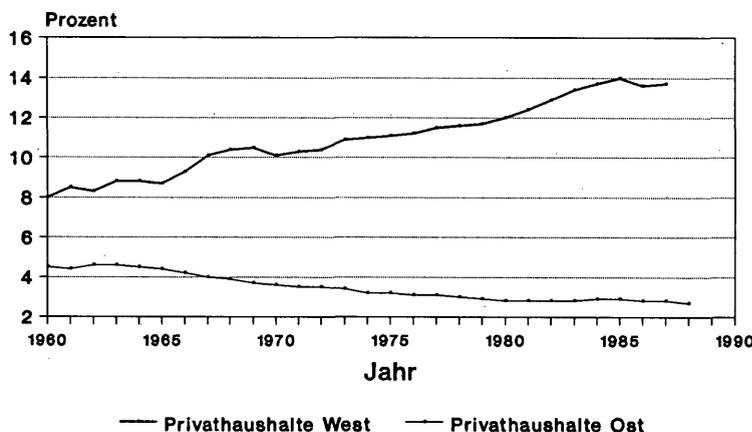
Die Entwicklung des Anteils der restitutiven Ausgaben am verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland weist, nicht zuletzt wegen des eben genannten Problems des gehobenen Bedarfs, über den gesamten Untersuchungszeitraum einen vergleichsweise geringen Rückgang um fünfeinhalb Prozentpunkte von 50 Prozent im Jahr 1960 auf 44,5 Prozent im Jahr 1987 auf. Dagegen fällt bei den Arbeiter- und Angestellten-

haushalten in der Deutschen Demokratischen Republik der Rückgang mit über fünfzehn Prozentpunkten deutlich stärker aus. Hier war allerdings auch mit einem restitutiven Einkommensanteil von rund 65 Prozent das Ausgangsniveau im Jahr 1960 wesentlich höher. Trotz einer deutlich geringeren Qualität und Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebots sowie des wesentlich kleineren Anteils des in den restitutiven Ausgaben enthaltenen gehobenen Bedarfs lag auch im Jahr 1987 der restitutive Einkommensanteil in der DDR noch über dem in der Bundesrepublik. Die Höhe des Anteils der restitutiven Ausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen ist in erster Linie abhängig von der Realeinkommensentwicklung. Deshalb berklärt sich der Anstieg des restitutiven Einkommensanteils aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre vor allem durch die in diesen Jahren stagnierenden Realeinkommen der privaten Haushalte.

Gegensätzliche Entwicklungen der relativen Mietbelastung

Während sich die Entwicklung des restitutiven Einkommensanteils privater Haushalte in beiden deutschen Staaten nur im Ausgangsniveau und in der Stärke des Rückgangs aber nicht in der grundlegenden Entwicklungsrichtung unterscheidet, zeigt die relative Mietbelastung privater Haushalte auch unter diesem Aspekt einen gegensätzlichen Verlauf. Der Anteil der Ausgaben

Graphik 4
Relative Mietbelastung



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

für Wohnungsmieten am verfügbaren Haushaltseinkommen aller privaten Haushalte ist in der Bundesrepublik Deutschland von acht Prozent im Jahr 1960 auf fast vierzehn Prozent im Jahr 1987 gestiegen. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen ist die relative Mietbelastung von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten im Untersuchungszeitraum kontinuierlich von viereinhalb Prozent auf unter drei Prozent gesunken.

In diesen gegensätzlichen Entwicklungen kommen verschiedene Tatsachen zum Ausdruck: In der Bundesrepublik wurde der Wohnungsbau und damit auch die Wohnungsverorgung der Bevölkerung in immer größerem Umfang dem Marktmechanismus überlassen. Die steigenden Mieten sind damit einerseits die Folge eines ständigen Nachfrageüberhangs und andererseits das Ergebnis einer quantitativen und qualitativen Nachfrageveränderung nach mehr und besser ausgestattetem Wohnraum. In der DDR dagegen war der Wohnungsmarkt überwiegend staatlich reguliert und die Mietpreise wurden aus politischen Gründen auf niedrigem Niveau gehalten. Dies hatte allerdings eine erhebliche Verschlechterung der vorhandenen Wohnsubstanz zur Folge.

„Zwangssparen“ privater Haushalte in der DDR durch fehlendes Warenangebot

Daß die in vielen Konsumbereichen defizitäre Versorgungslage privater Haushalte in der Deutschen Demokratischen Republik zumindest in den achtziger Jahren weniger ein Problem privater Einkommensschwäche sondern vielmehr die Konsequenz einer zu stark investitions- und devisorientierten staatlichen Wirtschaftslenkung war, das belegt auch die relativ hohe Sparquote privater Haushalte. Die Sparquote von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR bewegte sich im Untersuchungszeitraum seit dem Jahr 1960 zunächst auf vergleichsweise niedrigem Niveau, stieg aber dann Anfang der achtziger Jahre kräftig an und erreichte beispielsweise mit elf gegenüber zwölfteinhalf Prozent im Jahr 1988 fast die Höhe der Sparquote der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die das Statistische Bundesamt kürzlich für die fünf neuen Bundesländer zurückreichend bis in das Jahr 1985 vorgelegt hat, übertraf die Sparquote aller privaten Haushalte in der ehemaligen Deut-

schen Demokratischen Republik sogar geringfügig die aller Privathaushalte in der Bundesrepublik.

Betrachtet man die Sparquote privater Haushalte in den fünf neuen Bundesländern etwas genauer, so zeigen sich im Jahr 1990 interessante Entwicklungen. Bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten lag die Sparquote in der ersten Jahreshälfte mit fast zwanzig Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens deutlich über dem Jahresdurchschnitt von rund dreizehn Prozent und sank dann im zweiten Halbjahr auf rund acht Prozent. Dagegen verlief bei Rentnerhaushalten ohne Arbeitseinkommen die Entwicklung genau umgekehrt. Hier lag die Sparquote im ersten Halbjahr unter drei Prozent und stieg dann in der zweiten Jahreshälfte auf acht Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens an. Die Gründe für diese gegensätzlichen Entwicklungen dürften vielfältig sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei sicher unterschiedliche Konsumbedürfnisse und Zukunftserwartungen.

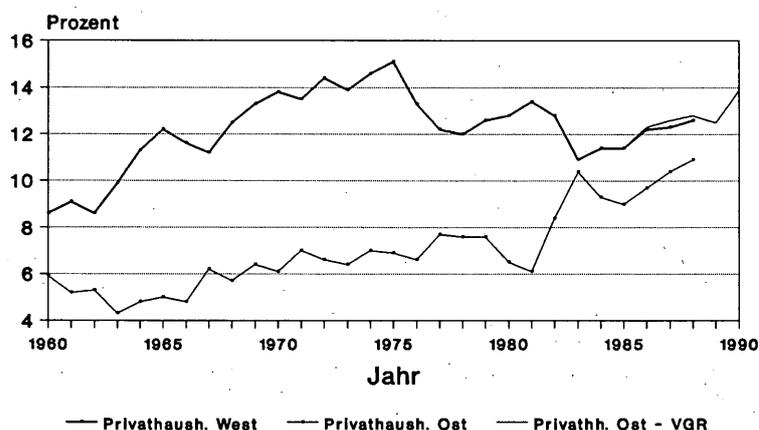
In der Bundesrepublik Deutschland läßt sich die Spartätigkeit privater Haushalte vollständig den beiden Hauptmotiven Zwecksparen und Vorsorgesparen zuordnen. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen war die Spartätigkeit der privaten Haushalte neben diesen beiden grundlegenden Sparmotiven auch durch angebotsbedingtes „Zwangssparen“ gekennzeichnet. Die privaten Haushalte in beiden deutschen Staaten haben im Verlauf

der Jahre nicht unbeträchtliche private Vermögen angesammelt, die unabhängig von den jeweiligen Sparmotiven auch für die Sicherheit der materiellen Versorgung bedeutsam werden können. In der Bundesrepublik wäre ein privater Haushalt bei vollständigem Ausfall seines Haushaltseinkommens im Durchschnitt rund zwei Jahre in der Lage, sein aktuelles Konsumniveau allein durch die Auflösung des Vermögens ohne wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Die potentielle Sicherheit der materiellen Versorgung durch Vermögensauflösung hätte auch bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR unmittelbar vor der politischen Wende für einen Zeitraum von fast fünfzehn Monaten gereicht.

Aussagekraft und Interpretationsmöglichkeiten der Indikatorzeitreihen

Soziale Indikatoren entfalten ihre Aussagekraft und Interpretationsmöglichkeiten in vollem Umfang nur in dem gesellschaftlichen und historischen Kontext für den sie konzipiert wurden. Aus diesem Grund ist eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe von Indikatorzeitreihen, die einem System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik entstammen, nur mit gewissen Einschränkungen möglich. Gleichwohl können durch diese Vorgehensweise eine ganze Reihe wohl-

**Graphik 5
Sparquote privater Haushalte**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

fahrtsrelevanter Aspekte der Entwicklung der materiellen Versorgung privater Haushalte in beiden deutschen Staaten angemessen beleuchtet werden. Allerdings ist dabei immer zu berücksichtigen, daß es sich um zwei Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnungen han-

delte, woraus sich unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung und Verwendung des Einkommens der privaten Haushalte ergaben.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)

Die Älteren

Eine Studie zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen

Die beträchtliche Zunahme des Anteils älterer Menschen in unserer Gesellschaft, die sich nach allen Bevölkerungsprognosen auch zukünftig fortsetzen wird, hat das Interesse an dieser Bevölkerungsgruppe erheblich verstärkt. So auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, die neben dem grundsätzlichen wissenschaftlichen Interesse auch ein spezielles bildungspolitisches Interesse an der wachsenden Gruppe der Älteren hat. Weil die Älteren in der Teilnehmerstatistik der Erwachsenenbildung der Stiftung unterrepräsentiert sind, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in der ersten Jahreshälfte 1990 bei einer Arbeitsgemeinschaft von drei sozialwissenschaftlichen Instituten eine Studie zur Lebenssituation älterer Menschen in Auftrag gegeben, um das Bildungsangebot der Stiftung besser als bisher auf die speziellen Bedürfnisse älterer Menschen abstimmen zu können. Die vorliegende Publikation faßt die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsprojekts zusammen.

Die Älteren, darunter werden in der Studie die Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren verstanden, befinden sich in einer Lebensphase des Umbruchs: Die 55- bis 60jährigen beginnen sich auf ihren Ruhestand hin zu orientieren. Im Alter zwischen 61 und 65 Jahren etwa erfolgt dann der Eintritt in diesen neuen Lebensabschnitt. Und zwischen 66 und 70 Jahren schließlich richten sich die Älteren in ihrer neuen Lebensphase ein. Diese verschiedenen Zeitabschnitte werden in der Studie dazu genutzt, die älteren Menschen in drei Gruppen zu unterteilen.

Die empirischen Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen, die insbesondere bei den psychologischen Aspekten der Lebenssituation auch auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in der Jugend zurückgeführt werden. Die nationalsozialistische Diktatur, den Zweiten Weltkrieg sowie den anschließenden Wiederaufbau haben die drei Altersgruppen in ganz unter-

schiedlichen Lebensabschnitten erfahren. Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, daß es sich genauso wie bei den Jugendlichen auch bei den Älteren um keine homogene Bevölkerungsgruppe handelt. Das gilt für die materiellen und die psychologischen Aspekte der Lebenssituation älterer Menschen gleichermaßen. Der aktive, kontakt- und konsumfreudige ältere Mensch, wie er in der Werbung gewöhnlich dargestellt wird, ist in der Realität genauso anzutreffen wie der gesundheitlich beeinträchtigte, dessen individuelle Entfaltungsmöglichkeit zudem noch durch mangelnde Erfahrungen mit der Gestaltung persönlicher Freiräume und fehlende finanzielle Ressourcen stark eingeschränkt sind.

Die Analyse und Interpretation der empirischen Ergebnisse werden überwiegend durch zwei sozialwissenschaftliche Konzepte strukturiert: den Milieuansatz sowie die Lebensstilforschung. Der Milieuansatz nimmt Bezug auf die soziale Lage einerseits und Wertorientierungen sowie lebensweltliche Sinn- und Kommunikationszusammenhänge andererseits. Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, werden dem gleichen sozialen Milieu zugeordnet. Dadurch lassen sich für die Bundesrepublik acht zentrale Sozialmilieus mit jeweils charakteristischen Einstellungen und Lebensorientierungen unterscheiden. Als globales Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Milieustruktur der Älteren von jener der Gesamtbevölkerung signifikant abweicht. Verschiedene Lebenswelten wie das konservative gehobene Milieu, das kleinbürgerliche Milieu sowie das traditionelle Arbeitermilieu sind weit überproportional vertreten.

Der Begriff Lebensstil bezieht sich auf die Gesamtheit der Lebensorientierungen eines Menschen, die in erster Linie durch sein materielles, soziales und kulturelles Kapital geprägt werden. Das heißt konkret, der Lebensstil eines Menschen wird maßgeblich durch die soziale Lage, die Lebenssi-

tuation sowie die Grundeinstellungen und Wertprioritäten bestimmt. In der vorliegenden Studie werden vier Lebensstile älterer Menschen mit jeweils spezifischen Orientierungen unterschieden: die pflichtbewußthäuslichen Älteren (31 Prozent), die aktiven „neuen Alten“ (25 Prozent), die sicherheits- und gemeinschaftsorientierten Älteren (29 Prozent) und die resignierten Älteren (15 Prozent).

Die empirischen Befunde der Studie zur Lebenssituation älterer Menschen lassen sich zu den folgenden zentralen Aussagen verdichten:

- Die Älteren leben überwiegend im eigenen Haushalt und mit steigendem Alter zunehmend allein. Dabei sind die objektiven Wohnbedingungen in vielen Fällen unzureichend und werden subjektiv auch so wahrgenommen.
- Es gibt erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den Älteren. Ein nicht unbedeutender Anteil, überwiegend Frauen, lebt in Armut.
- Die Älteren haben vor Eintritt in den Ruhestand hohe Erwartungen an ihre zukünftige Lebenssituation. Häufig können die geplanten Aktivitäten jedoch nur zu einem geringen Teil realisiert werden. Gleichwohl wird eine überraschende Vielzahl sozialer Kontakte und Aktivitäten sichtbar.
- In ihren politischen Erwartungen streben die Älteren vor allem nach materieller und sozialer Sicherheit. Diese Orientierung wird in den nachfolgenden Generationen durch einen rasch voranschreitenden Wertewandel allerdings stark an Bedeutung verlieren.
- Die Mehrheit der älteren Menschen empfindet sich von der Gesellschaft ausgegrenzt.

Insgesamt stellt die vorliegende Publikation über die Studie zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen einen überaus gelungenen Versuch dar, die Ergebnisse empirischer Sozialforschung auf eine allgemeinverständliche Weise darzustellen. Dadurch können diese Ergebnisse einerseits einer breiteren Öffentlichkeit leichter zugänglich gemacht werden und andererseits verbessern sich dadurch auch die Möglichkeiten ihrer Umsetzung in der gesellschaftlichen Praxis.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Älteren. Zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen. Bonn (Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH) 1991, 96 Seiten, ISBN 3-8012-0165-1.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)